Stadt Hilden

Niederschrift

über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses am Montag, 09.02.2015 um 16:00 Uhr, im Rathaus, Raum 105, Am Rathaus 1, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Torsten Brehmer SPD

stell. Vorsitz

Herr Reinhard Zenker CDU

Ratsmitglieder

Herr Reinhold Daniels SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Hartmut Toska Bündnis90/Die Grünen

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD

Sachkundige Bürger/innen

Herr Frank Sondermann SPD

Herr Manfred Gleißner CDU

Herr Dr. Wolfgang Püttgen CDU

Frau Dörthe Dylewski FDP

Frau Ulrike Ellendt-Kelzenberg Bürgeraktion

Gäste

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Frau Beigeordnete Rita Hoff

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete

Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns

Frau Claudia Rehag Personalrat

Frau Anke Maurer

Frau Hannelore Zangl

Tagesordnung:

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

Eröffnung der Sitzung

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen
- 3 Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2014 bis 31.01.2015
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Besucherinnen und Besucher. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Die Mitglieder Frau Ellendt-Kelzenberg und Herr Dr. Püttgen wurden durch den Vorsitzenden gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes verpflichtet.

- 1 Befangenheitserklärungen
-

Keine.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt auf Vorschlag des Personalausschusses nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss zum Haushaltsplan-Entwurf 2015 folgende Änderungen:

Antrag 023 – Produkt 010801 - Reduzierung der Kosten

Rm Prof. Dr. Bommermann erklärte, dass er die Erläuterungen der Verwaltung nicht als ausreichend erachte und diese nicht nachvollziehen könne. Da die Abweichungen zum Teil im 6-stelligen Bereich lägen, könnten diese nicht nur mit einer allgemeinen Begründung abgetan werden.

Rm Daniels entgegnete, dass es sich überwiegend um variable Kosten handele und die Verwaltung dies, wo es möglich gewesen sei, bereits erläutert habe.

Rm Prof. Dr. Bommermann gab zu bedenken, dass der Rat als Kontrollinstrument aufgelöst werden könne, wenn er seiner Pflicht zur Überprüfung nicht nachkomme.

Im Gegensatz dazu, so der Kämmerer Herr Klausgrete, sehe er die Möglichkeiten der vorherigen Erläuterungen sehr eingeschränkt. Gerade der Personalhaushalt lebe von den Veränderungen, die sich im Laufe eines Haushaltsjahres ergeben. Zu beachten sei auch, dass das Produktbuch gesprengt würde, wenn alles im Detail dargestellt würde. Haushaltsplan und Stellenplan seien differenziert zu betrachten.

Die BGM'in Frau Alkenings verwies in dem Zusammenhang darauf, dass die Rückstellungen allein schon dann erreicht seien, wenn alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein Jahr ihren Urlaub nicht nehmen würden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Nein

Antrag 013 – Produkt 010804 - Kündigung der Mitgliedschaften KAV und Transparency International

Rm Prof. Dr. Bommermann erkundigte sich, warum es seitens der Verwaltung keine Erläuterung zu Transparency International gebe. Die Mitgliedschaft habe seiner Meinung nach nichts gebracht. Daneben wundere er sich über die Tatsache, dass bei den entscheidenden Arbeitsstreitigkeiten im letzten Jahr offensichtlich der KAV nicht beteiligt worden sei. Nur für Musterverträge, wie von der Verwaltung angegeben, sei dies ein zu hoher Betrag.

Die BGM'in Frau Alkenings gab an, dass über den Beitrag an Transparency International im HuF beraten werde, da dies dem Team BGM zugeordnet sei. Das Problem bei der Prozessvertretung durch den KAV sei, dass hierzu oft Anfänger geschickt würden und die Stadt daher genauso gut mit Bordmitteln agieren könne. Die übrigen Services des KAV seien dagegen sehr hilfreich.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (10:1:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Enthaltung

Antrag der Verwaltung – Produkt 030101 - Neuberechnung der Personalaufwendungen

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich angenommen (11:1)

CDU	Ja
SPD	Ja
BA	Ja
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Ja

Antrag 005 – Produkt 060301 - Erläuterung

Es wurde klargestellt, dass es sich bei der Position nur um eine Anfrage, aber keinen Antrag handelt und insofern eine Kenntnisnahme ausreichend sei.

Abstimmungsergebnis

Zur Kenntnis genommen

Antrag der Verwaltung – Produkt 060305 - Neuberechnung der Personalaufwendungen

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich angenommen (11:1)

CDU	Ja
SPD	Ja
BA	Ja
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Ja

Antrag 067 – Produkt 150101 - Klimaschutzmanager/in

Rm Toska erklärte, dass seine Fraktion nach wie vor von der Notwendigkeit eine Stelle zusätzlich anzusiedeln überzeugt sei. Die Personalkosten, die nach der Förderung bei der Stadt verblieben, würden durch die voraussichtlichen Einsparungseffekte getragen und die Stelle rechne sich von selbst. Er schlug vor, einen Vorratsbeschluss zu fassen, damit in der Beratung im Umwelt- und

Klimaausschuss die Meinung des Personalausschusses bereits vorläge. Im weiteren Verlauf stellte er noch die Kostenentwicklung dar und verwies auf die CO₂-Einsparung, die sich ergeben könnte.

Rm Daniels teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterstütze, da man davon ausgehe, dass das Amt für Gebäudewirtschaft selbst für den Klimaschutz sorgen könne und er Bedenken habe, die Stelle nach der Förderung wieder streichen zu können. Auch Frau Ellendt-Kelzenberg stimmte dieser Sichtweise insbesondere unter dem Kostenaspekt zu.

Rm Prof. Dr. Bommermann zeigte auf, dass es eine dauerhaft hohe Einsparung geben müsse, die über den Förderungszeitraum hinausgehe, damit sich die Einstellung lohne. Dies bestätigte auch Herr Dr. Püttgen, der für die CDU den Vorschlag ablehnte.

Der Vorsitzende Brehmer ließ sodann über den geänderten Beschlussvorschlag (als Vorratsbeschluss zur anschließenden weiteren Beratung im Umwelt- und Klimaausschuss) abstimmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag 012 – Streichung von Stellen bzw. Anbringung von kw-Vermerken

Rm Prof. Dr. Bommermann stellte dar, dass er mit der Wiederholung des Antrags weiterhin versuchen wolle, die Höhe der Personalkosten zu beeinflussen. Der Rat würde generell der Verwaltung glauben und den Vorschlägen folgen, wenn es um den Personalbedarf gehe. In anderen Behörden würde dies anders gehandhabt. Man müsse endlich mit den Einsparungen beginnen, um auch in den nächsten 5-10 Jahren eine Personalkostenhöhe zu haben, die finanzierbar sei. Er sei nach wie vor der Auffassung, dass die Aufgaben der Verwaltung auch mit weniger Personal zu schaffen seien.

Rm Daniels gab zu bedenken, dass die Amtsleitungen sehr wohl wüssten, mit welchem Personal sie auskommen. Sowohl die Dezernenten wie auch die Bürgermeisterin hätten doch bestimmt ein Auge darauf. Er habe den Eindruck, dass auch in diesem Jahr wieder die Rasenmähermethode angewandt worden sei, da wiederholt Produkte angesprochen seien, die zu 100 % durch Gebühren refinanziert würden. Eine Stellenkürzung habe daher in diesen Bereichen keinerlei Auswirkungen auf den Haushalt.

Rm Gartmann wies darauf hin, dass die vorliegenden Informationen nicht reichten, um eine seriöse Aussage über den tatsächlichen Stellenbedarf zu treffen. Es müsste vielmehr eine genaue Betrachtung in Form einer Orga-Untersuchung der einzelnen Bereiche erfolgen. Aktuell sehe er sich nicht in der Lage zu entscheiden, ob mehr oder weniger Personal nötig sei.

Die BGM'in Frau Alkenings erinnerte daran, dass Hilden im interkommunalen Vergleich der Gebühren immer weit vorn liege. Dies habe sicherlich mit den topografischen Besonderheiten aber eben auch mit der Effizienz zu tun. In der Kernverwaltung seien in den letzten Jahren ca. 80 Stellen abgebaut worden, die Einsparung sei aber durch den Ausbau an anderer Stelle, wie beispielsweise in den Kitas oder der OGS wieder wettgemacht worden. Sie sagte, dass die Politik der Verwaltung vorgeben müsse, welche Aufgaben zukünftig wegfallen oder inwiefern zum Beispiel Öffnungszeiten verkürzt werden sollten, dann sei auch die Anbringung von kw-Vermerken möglich.

Herr Gleißner brachte sein Vertrauen in die effiziente Arbeit der Verwaltung zum Ausdruck. Er wolle keine Qualitätseinbußen für die Bürger. Die Bürgermeisterin schaue ebenso wie die Dezernenten darauf, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgelastet seien.

Rm Prof. Dr. Bommermann wies erneut auf das unkontrollierbare Verhältnis aus Leistung und Gegenleistung hin. Er kenne es aus keiner anderen Stadt, dass die Verwaltung vorgebe, was und wieviel sie schaffen könne.

Rm Daniels beschränkte sich in seiner Aussage darauf, einer Anbringung des kw-Vermerks an der Stelle der Schulsekretärin bei Produkt 030201 zuzustimmen. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass über diesen Punkt ein separater Beschluss gefasst werden solle.

Frau Ellendt-Kelzenberg stellte fest, dass man eine Verwaltung nicht mit Unternehmen der Privatwirtschaft gleichsetzen könne und damit keine Vergleichbarkeit möglich sei. Die Abläufe seien hier anders, da insbesondere mehr Zeit für Gespräche mit Bürgern verwendet werde.

Frau Rehag konnte zwar die Sichtweise der Politik grundsätzlich nachvollziehen, dass die Personalkosten reduziert werden müssten. Sie gab aber zu bedenken, dass die zur Verfügung gestellte Arbeitszeit für die Aufgabenerledigung vorzuhalten sei. Bereits jetzt würden einzelne Bereiche, so beispielsweise das Amt für Soziales und Integration aufgrund stark gestiegener Fallzahlen „auf dem Zahnfleisch“ gehen. Die Verwaltung habe hier auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie appellierte an die Ausschussmitglieder, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Rm Toska schloss sich der Aussage von Frau Rehag an. Seine Fraktion sei mit der Arbeit der Verwaltung sehr zufrieden. Bereits heute würden alle freiwerdenden Stellen im Rahmen von Wiederbesetzungsprüfungen beleuchtet. Er sehe eher einen Mehrbedarf als Einsparmöglichkeiten, so z.B. bei den Hausmeistern im Bereich Asyl.

Beig. Gatzke teilte mit, dass alle Stellenbemessungen auf Vergleichen (interkommunale, Land, GPA etc.) und Berechnungen beruhen. Die Verwaltung habe die bereits seit Jahren zusätzlichen Aufgaben im Verwaltungsbereich bislang fast immer über Aufgabenverdichtungen oder mit nur leicht erhöhtem Personalbestand erledigen können.

Abstimmungsergebnis

Anbringung eines kw-Vermerks im Produkt 030201 an der Stelle der Schulsekretärin
Einstimmig angenommen

Übrige Vorschläge des Antrags

mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AFD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Nein

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Wiederbesetzung freier Stellen für den Zeitraum vom 01.02.2014 bis 31.01.2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 16:50 Uhr

Torsten Brehmer
Vorsitzender

Anke Maurer
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt
1. Beigeordneter